V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 20.03.2022)

Titel: **Krieg kennt keine Gewinner*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!**

Antragstext

Am Morgen des 24. Februars 2022 begann nicht die erste völkerrechtswidrige militärische Auseinandersetzung, die der russische Präsident Wladimir Putin aus imperialistischen Motiven vom Zaun brach. Doch dieser Krieg, der in aller Härte gegen die Zivilbevölkerung eines souveränen Staates vorgeht, schockt uns und macht uns zutiefst betroffen. Wir verurteilen den Krieg Putins gegen die Ukraine und gegen alle, die unter ihm Leid erfahren. Dieser Wahnsinn muss beendet werden!

Zudem begreifen wir ihn im weiteren Sinne als einen Krieg gegen die Menschenrechte, gegen die Chance auf eine stabile europäische Friedensordnung und gegen die Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit! Denn das Leid der Menschen in der Ukraine und der Mut der unter härtesten Repressionen demonstrierenden Menschen in Russland zeigt, dass wir all jenes nicht als selbstverständlich betrachten dürfen. Und dafür müssen wir auch vor Ort laut werden!

Wir müssen in ganz NRW solidarisch sein, wir können Zeichen setzen, die auch bei Putin ankommen. Indem wir Demos organisieren, unsere Unterstützung öffentlich ausdrücken und eine klare Sprache gegen Putin nutzen. Vor allem aber können wir Solidarität praktisch machen, indem wir zusammenstehen und ALLE Geflüchteten aus der Ukraine aufnehmen. Indem wir die Menschen, die aus dem Krieg fliehen willkommen heißen und gut versorgen.

Es ist unsere solidarische und humanitäre Pflicht auch wirklich alle in der EU aufzunehmen, dabei dürfen wir uns nicht vom Rassismus leiten lassen. Lasst uns staatliche Strukturen nutzen und verbessern und dabei die große Kraft der

solidarischen und starken Zivilgesellschaft mitnehmen. Und ja das sollte nicht nur jetzt gelten und das sollte nicht nur für Ukrainer*innen gelten. Und auch wenn der Einsatz der Zivilgesellschaft schon beeindruckend ist, gibt es für eine gute Aufnahme in NRW noch einiges zu tun und zu ändern.

NRW hat Platz!

Wir fordern daher eine klare Strategie der Landesregierung ein, die für die Solidarität und Hilfsbereitschaft der Menschen einen konkreten politischen Rahmen gestaltet. Dieser setzt die Erkenntnis voraus, dass der Rückbau von Kapazitäten in Unterkünften und Verwaltungen durch die derzeitige Landesregierung ein Irrweg war. Die Sozialämter sind überlastet und können vielen hilfesuchenden Menschen nicht die Hilfe geben, die sie dringend benötigen. Entsprechend fordern wir, dass die Kreise und Kommunen vom Land finanziell unterstützt werden, um die notwendigen Ressourcen schnell und gezielt aufbauen zu können. Dazu muss sich NRW im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Bund die Kosten für die Unterkunft über die bisher erstattungsfähigen 69% der Gesamtkosten übernimmt. Um angesichts der ungewissen Notlage angemessen reagieren zu können, fordern wir zudem, dass die Landeskapazitäten flexibel erweitert werden können und nicht an einer Politik der Obergrenze pauschal gedeckelt werden.

Solidarität bedeutet gute Versorgung vor Ort

Es ist super, dass sich die Geflüchteten aus der Ukraine frei bewegen können. Aber wirkliche Aufnahme heißt, dass wir für alle eine gute Versorgung und echte Teilhabe gewährleisten. Die Menschen fliehen vor Krieg, haben oftmals alles verloren und sind häufig traumatisiert.

Wir müssen den Menschen die zu uns kommen, alles ermöglichen, was es für ein gutes Leben braucht. Deshalb fordern wir für alle:

- Eine schnelle dezentrale Wohnunterbringung.
- Eine schnelle Eingliederung in Schule, Kitas, den Arbeitsmarkt und soziale Unterstützungssysteme. Dafür muss das Land seine Mittel “Hilfen zur Gesundheit” und “Pflege” erhöhen und neue Begebenheiten auch in der Ausfinanzierung des KiBiz (Kinderbildungsgesetz) berücksichtigen!
- Ausreichende psychologische Beratung und Betreuung

Eine humaner Umgang mit allen Geflüchteten

Diese gute Versorgung und Strategie muss für ALLE gelten.
An der Grenze werden beispielsweise schwarze Studierende aus der Ukraine schlechter behandelt, wir müssen diesem offenem Rassismus entgegentreten. Genauso selbstverständlich müssen unsere Türen auch für Russ*innen geöffnet sein, die von Putins Schreckensherrschaft fliehen. Und wir müssen auch einen besonderen Blick auf marginalisierte Gruppen haben, so sind es beispielsweise queere Menschen, die sowohl in der Ukraine, als auch in Russland unter dem Krieg und der Situation besonders leiden. Zuletzt darf die Unterbringung der neuen Geflüchteten auch keinesfalls zur schlechteren Behandlung von denen führen, die bereits in NRW Schutz gefunden haben.

Wir sehen eine Debatte, die Geflüchtete in gut/schlecht und echt/unecht unterteilt. Wir treten dieser Zwei-Klassen Behandlung als GJ NRW entschlossen entgegen. Eine gute Versorgung und eine unkomplizierte Aufnahme muss für alle die von Krieg und Unrecht fliehen, gewährleistet werden. Wir fordern deswegen schon lange von der Landesregierung ein groß angelegtes Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete und eine gute Versorgung und Betreuung. Unsere Solidarität gilt den Ukrainer*innen, den Oppositionellen in Russland und allen Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen!

Begründung

Erfolgt mündlich.